

mitte drin

Ausgabe 10 / 2019 • Information des Bezirksvorstandes und der BVV-Fraktion DIE LINKE Berlin-Mitte | Tiergarten | Wedding

Rot-Rot-Grün deckelt die Mieten

Die Entwicklung der Wohnungsmieten kennt nur eine Richtung: nach oben. Das ist nichts Ungewöhnliches in einer renditegetriebenen Marktwirtschaft, der auch der Wohnungsmarkt unterliegt. Ungewöhnlich ist in Berlin jedoch die Radikalität und die Rücksichtslosigkeit, mit der viele Vermieter die Mieten in die Höhe treiben und damit unzählige Mieterinnen und Mieter in die Verzweiflung und schlimmstenfalls aus ihren Wohnungen.

Seit Jahren hat Berlin ein Wohnungs- und Mietenproblem. Jeder weiß es, jeder spürt es. Menschen werden aus ihren Wohnungen verdrängt, wobei die Verdrängungsmechanismen vielfältig sind. Mal sind es die Kosten der Modernisierung, mal die Eigenbedarfsklage, mal die gesetzlich zulässige Mieterhöhung, die Mieterin und Mieter nicht mehr zahlen kann. Umzug ist für viele keine Lösung, weil die Leerstandsquote in der Stadt gegen Null geht. Insbesondere leistbarer Wohnraum für geringe und mittlere Gehälter fühlen sich an wie Goldstaub. Forsa ermittelte im Sommer, dass fast 80 Prozent der Berlinerinnen und



80 Prozent der Berliner*innen für radikale Maßnahmen gegen Mietenwahnsinn

Berliner radikalere Maßnahmen gegen den Mietenwahnsinn von der Regierung fordern vor dem Hintergrund, dass sich 54 Prozent sorgen, sich schon bald ihre Wohnung nicht mehr leisten zu können.

Der Markt wird es richten? Irrtum! Der Markt hat uns in genau diese Situation ge-

bracht. In dieser dramatischen Lage macht die Berliner Landesregierung das, was man von ihr erwarten muss. Sie schützt die Bevölkerung gegen die Willkür des Marktes. Die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und

Fortsetzung auf Seite 3 ▷

Zählergemeinschaft blockt kluge Investitionen. Schade

Unser Bezirk hat gut gewirtschaftet - 31 Millionen Euro Rücklagen - mehr Geld für die Haushaltsplanung 2020 und 2021 also. Geld für nötige Investitionen, zumal auch 2019 Gewinn verspricht. Kluge Vorschläge gab es. SPD und Grüne wählten den Sparstrumpf.

Fortsetzung auf Seite 2 ▷

Bahnhofstour oder Tante-Emma-Tour zur Sachsenwahl

Junge Berliner Linke als Wahlhelfer in Sachsen. Sie steuerten Bahnhöfe an, stellten eine mobile Kneipe auf und zapften Bier. Die Tante-Emma-Tour besuchte Dörfer, denen der vertraute Dorfladen abhanden kam. Sie bekamen, was sie früher vor Ort hatten.

Fortsetzung auf Seite 6 ▷

Die Friedrichstraße – demnächst autofreie Modemeile?

So jedenfalls sieht sie unser Bezirksbürgermeister. Die erfahrene "Stadtwanderin" Irene Runge kam ins Grübeln. Zu ebener Erde fehlt ihr da so manches – Cafés, kleine Restaurants, Buchlädchen zum Kramen, vielleicht die Theke für einen kleinen Imbiss?

Fortsetzung auf Seite 6 ▷

Basistreffen am Mittwoch, **23. Oktober**, 19 Uhr, im **Karl-Liebknecht-Haus**

(Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin, U-Bahnhof Rosa-Luxemburg-Platz), Konferenzraum 1

„Rot-Rot-Grün“ kämpft in Berlin für bezahlbaren Wohnraum – Welche Maßnahmen sind mit dem geplanten Mietendeckel vorgesehen?

Mit **Tobias Schulze**, Mitglied des Berliner Abgeordnetenhauses, **Christian Petermann**,

Referent des Staatssekretärs für Wohnen und **Sven Diedrich**, Bezirksverordneter in der BVV Mitte

DIE LINKE.

Bezirksverband Mitte

Kleine Alexanderstr. 28, 10178 Berlin
Tel.: 030 / 240 09-336, Fax -337
Mo. bis Mi. 9–16.30 Uhr,
Do. bis 19 Uhr

Blick aus dem Amt

Starke Kinder- und Jugendbeteiligung

In der BVV-Sitzung am 5. September wurde der durch das Bezirksamt eingebrachte Entwurf des Haushaltplanes 2020/2021 beschlossen. Von hoher Bedeutung sind die darin enthaltenen 2,5 Stellen, die für den Ausbau der Kinder- und Jugendbeteiligung verwendet werden.

Die Beteiligung junger Menschen hat sich in den vergangenen 20 Jahren erfreulicherweise als Bestandteil demokratischen Handelns sowohl fachlich wie auch strukturell verankert. Das Verständnis ist gewachsen, dass die Beteiligung junger Menschen demokratiefördernd wirkt. Spätestens durch Fridays for future ist deutlich, was aus Selbstermächtigung wachsen und welche gesellschaftliche und politische Wirkung sich daraus entfalten kann. Der Klimastreik am 20. September war ein beeindruckendes Beispiel, wie Engagement von Schüler*innen Politiker*innen unter Zwang setzt.

Es besteht nicht mehr die Frage, ob junge Menschen beteiligt werden sollen, sondern nur noch, wie und in welcher Breite. Ob nur klassisch reduziert auf z.B. Spielplatzgestaltung und Mitbestimmung in Einrichtungen

der Jugendhilfe oder mit einem erweiterten Blick hin zu Beteiligung in z.B. der Bauleitplanung, Stadtentwicklung und der Beteiligung an politischen Entscheidungsprozessen. Ein erweiterter Blick auf Beteiligung ist ein wichtiger Schritt zu einer tatsächlichen, gesetzlich vorgeschriebenen Beteiligung als Querschnittsaufgabe.



Ramona Reiser

In Mitte wurden das Potential und die demokratiefördernde Wirkung der Beteiligung junger Menschen schon früh erkannt. Wir finanzieren seit 1996 das Kinder- und Jugendbüro (KJB) und den Moabiter Ratschlag als Koordinierungsstelle für Beteiligung. Seit

dieser Zeit konnte Mitte wichtige Projekte und Strukturen entwickeln, die wegweisend für andere Bezirke und sogar für andere Städte geworden sind, z.B. U18-Wahlen, Kinder- und Jugendjurys, Schüler*innenhaushalt uvm. Die jüngsten Aktivitäten von KJB und Koordinierungsstelle sind die Beteiligung zur Umgestaltung des nördlichen Leopoldplatzes (Maxplatz) und zur Sanierung des Kinderbunten Bauernhofes.

Mit dem Jugendfördergesetz kommt auf den Bezirk durch die verbindlichen Jugendförderpläne und die damit verbundene, verpflichtende Beteiligung von Kindern und Jugendlichen eine neue Herausforderung zu. Umso wichtiger ist es, dass das Jugendamt die bereitgestellten Personalmittel zweckentsprechend und vollumfänglich für die Sicherung und Stärkung der Beteiligung und Demokratiebildung im Bezirk verwenden kann. Damit ist gesichert, dass auch zukünftig die Stimme von Kindern und Jugendlichen gehört und ernst genommen wird.

Ramona Reiser
Stadträtin für Jugend, Familie
und Bürgerbeteiligung

Aus der BVV

BVV beschließt Haushalt, der in die richtige Richtung geht

Am 5. September beschloss die Bezirksverordnetenversammlung von Berlin-Mitte den Haushalt des Bezirkes für die Jahre 2020 und 2021.

Im Gegensatz zu den vorherigen Jahren steht dem Bezirk Geld zur Verfügung. Bis 2016 hatte man eigentlich immer nur geschaut, wo man einsparen musste. In diesem Haushalt konnte man Prioritäten setzen und mehr Geld ausgeben.

Der neue Haushalt setzt Schwerpunkte im Bereich Organisations- und Personalentwicklung sowie für Aus- und Fortbildung. Das ist gut für die angespannte Personalsituation. Bis 2016 hatte der Bezirk 223 Stellen abbauen müssen. Dies wird langsam wieder rückgängig gemacht. Des Weiteren wird der Kulturbereich deutlich gestärkt sowie die Bibliotheken. Die Tarifsteigerungen werden durch bezirkliche Mittel gestärkt und an die freien Träger weiter gegeben.

Die Linksfraktion konnte zudem durchsetzen, dass es weitere Stärkungen im Bereich der Jugendarbeit gibt. So wurden auf unser Drängen hin 3,5 weitere Stellen zur Stärkung der kleinen Jugendeinrichtungen geschaffen und eine Stelle zur Absicherung der Arbeit in der Jugendfreizeiteinrichtung „Weinmeisterhaus“. Zudem konnten wir durchsetzen, dass eine weitere Stelle zur Gewährleistung von Rechtsansprüchen auf Kita-Plätze geschaffen wird. Das soll vor allem dafür sorgen, dass freie Kita-Plätze besser und schneller verteilt werden.

Zudem wurden unsere Vorschläge aufgegriffen, die Arbeit der Beauftragten für Menschen mit Behinderungen mit einer halben Stelle zu stärken, sowie zwei Stellen für Sportplatzwarte zu schaffen.

Alles in allem handelt es sich um einen Haushalt, der in die richtige Richtung geht und dem wir als Fraktion deshalb zugestimmt haben.

Wir hätten uns aber von der Zählgemeinschaft von SPD und Grünen etwas mehr Mut erhofft. Der Bezirk hat bis zum Jahr 2018 über 31 Millionen Euro an Rücklagen geschaffen und wird in 2019 wahrscheinlich wieder mit Gewinn abschließen, so dass diese Rücklagen weiter steigen werden. Der Bezirkshaushalt ist Teil des Gesamthaushaltes des Landes Berlin. Wenn unsere Guthaben zu hoch werden, findet die Landesebene Wege, diese zu reduzieren. Wir hätten uns gewünscht (und haben es auch beantragt), dass deshalb mehr Mittel für die Unterstützung des Familienservicebüros, für mehr Schulhausmeister*innen, für mehr Unterstützung der bezirklichen Senioreneinrichtungen oder für eine Gartenmeister*in im Schul- und Umweltzentrum ausgegeben werden.

Andreas Böttger
Fraktionsgeschäftsführer DIE LINKE.
in der BVV von Berlin-Mitte

Aus für das Haus der Gesundheit – Gesund ist das nicht

Das Haus der Gesundheit (HdG) an der Karl-Marx-Allee 3 ist seit Generationen ein Zentrum für ambulante medizinische Versorgung. War - muss man sagen, denn gerade steht es für ein aus politischen Fehlentscheidungen vorangegangener Legislaturen entstandenes Elend, das weit in die Zukunft reicht. Das Haus ist Privat-



Seit Jahrzehnten unverzichtbares Ärztehaus

besitz, was nicht gleich eine Gefährdung des Standorts bedeuten muss. Es gibt Eigentümer, die sich der gesellschaftlichen Verpflichtung, die mit Eigentum einhergeht, bewusst sind. Die sogenannten Samwer-Brüder – in Berlin einst als innovativ, jung und investorenfreudig gefeiert – gehören nicht dazu. Sie investieren gern in Betongold.

Das Haus der Gesundheit erwarben sie 2017 von der AOK Nordost, die es vorher mit Billigung der damaligen Landesregierung, vornehmlich des Gesundheitssenators Mario Czaja (CDU) verhöckerte. Für Czaja stellte sich der Verkauf

am Ende als ein großer Glücksfall heraus, konnte er doch niedergelassene Ärzt*innen aus dem HdG in seinen Wahlkreis holen.

Die WBM hatte damals mitgebieten und war bei acht Millionen Euro ausgestiegen. Sie hätte das Haus der Gesundheit zu einem Zentrum ambulanter medizinischer Versorgung gemacht. Die neuen Eigentümer haben daran

kein Interesse, betreiben stattdessen eine völlig undurchsichtige und dubiose Vermietungspolitik. Der ausgehandelte Vertrag beim Verkauf hatte vorgeesehen, dass es eine Garantie für mindestens fünf Jahre gibt, die Hälfte des Hauses an medizinische Versorgungsleistungen zu vermieten. Das lockt keinen Arzt und niemanden sonst, denn fünf Jahre sind

bei den notwendigen Investitionen in die Einrichtung einer Praxis viel zu wenig. Inzwischen ist die Baugenehmigung für eine Aufstockung, den Einbau eines Fahrstuhls und die Umwidmung eines Teils der Erdgeschossfläche für eine Restauration erteilt. Man muss sagen: Das Haus der Gesundheit verdient seinen Namen nicht länger.

Im Quartier Karl-Marx-Allee II gibt es ein erhebliches Problem mit der ambulanten medizinischen Versorgung. Bereits 2014 ergab eine Studie der Beuth-Hochschule im Auftrag der Kassenärztlichen Vereinigung, dass bei einer Schließung des HdG der Versorgungs-

grad mit Hausärzt*innen im Planungsbereich Karl-Marx-Allee auf 63,2 Prozent sinken wird und schon damals wurde von einer Unterversorgung gesprochen. Bei Fachärzt*innen wird der Versorgungsgrad auf 65 Prozent (HNO) bis 17 Prozent (Urologen) sinken.

Der Kampf um das HdG als Standort der medizinischen Versorgung ist verloren. Es



Carola Bluhm

müssen andere Lösungen gefunden werden, die ambulante medizinische Versorgung im Quartier zu sichern. Dafür braucht es Räume, in denen sich Ärzt*innen niederlassen können. Das ist Reparaturarbeit, wenn man sich vor Augen führt, dass die vorangegangene Landesregierung geholfen hat, den schlechten Zustand überhaupt erst herbeizuführen. Aber gut: Wir sind auch angetreten, zu reparieren, was kaputt gemacht worden ist.

Carola Bluhm
Vorsitzende der Linksfraktion
im Berliner Abgeordnetenhaus

Fortsetzung von Seite 1: Rot-Rot-Grün deckelt die Mieten

Wohnen von Katrin Lompscher (Die Linke) hat zu diesem Zweck einen Gesetzentwurf vorgelegt, der eine Umkehr von der vermeintlichen Gesetzmäßigkeit der Mietentwicklung zur Folge haben wird. Für fünf Jahre soll es in Berlin einen Mietestopp geben.

Das Gesetz zur Mietenbegrenzung im Wohnungswesen in Berlin sieht im Einzelnen folgendes vor:

Es gilt ein gesetzlich festgelegtes Mietemoratorium. Die Mieten dürfen für fünf Jahre nicht erhöht werden.

Bei Vermietung von Wohnungen darf höchstens die zuletzt vereinbarte Miete aus dem vorherigen Mietverhältnis verlangt werden, sofern diese die Mietobergrenze nicht

übersteigt. Überhöhte Mieten können auf Antrag der Mieterinnen und Mieter herabgesetzt werden.

Für die zulässigen Mieten werden Mietobergrenzen festgesetzt. Diese liegen in Abhängigkeit vom Baujahr und der Ausstattung der Wohnungen zwischen 3,92 €/m² und 9,80 €/m² Wohnfläche.

Mieterhöhungen nach Modernisierung sollen in besonderen Fällen zulässig sein, müssen aber beim Bezirksamt angezeigt oder vom Bezirksamt genehmigt werden, wenn die Miete nach Modernisierung die Mietobergrenzen überschreitet. Mieterinnen und Mieter mit WBS-Anspruch können einen Mietzuschuss beantragen.

Ausgenommen von diesen Regelungen sind Neubauten, die nach 2014 fertiggestellt wurden, und Sozialwohnungen.

Dieses Gesetz ersetzt nicht den Wohnungsneubau sowie andere wohnungs- und mietenpolitische Maßnahmen, die wir brauchen, um leistbaren Wohnraum zu erhalten und neu zu schaffen. Es ist aber die notwendige politische Antwort auf ein akutes Problem in dieser Stadt. Es ist die Folge einer Wahlentscheidung im Jahr 2016. Der „Kurier“ titelte am 5. Juni zum Mietendeckel: „Mieter, alle mal Lompscher knutschen“. Es scheint, wir sind auf dem richtigen Weg.

Sven Diedrich
Bezirksverordneter

Neues Bauprojekt erfordert mehr Rückgrat vom Bezirk

Zu viel Einzelhandels- und Bürofläche, viel zu wenig bezahlbare Wohnungen

Die bisher unbebauten Flächen an der Kreuzung Turmstraße und Stromstraße gegenüber dem Schult-Heiß-Quartier sollen eine Neubebauung erhalten. Geplant ist ein 9-stöckiger Komplex mit Wohn- und Geschäftshäusern. Entlang der Turmstraße soll das Großprojekt mit Dienstleistungen und Einzelhandel bestückt werden, während nur entlang der Stromstraße zur Hofseite hin Wohnungen geplant sind.



Viel Platz für bezahlbare Wohnungen

Der Ingolstädter Investor „Family Office“ sieht im Erdgeschoss und teilweise im ersten Obergeschoss Einzelhandelsflächen vor, in den beiden darüber liegenden Etagen Dienstleistung und Büros. Die Bruttogeschossfläche für diese gewerblichen Nutzungen beträgt 7.900 Quadratmeter. In einem von der Blockrandbebauung vor Lärm geschützten E-förmigen Gebäude sollen nur 120 Wohnungen entstehen.

Man fragt sich, warum in Moabit noch mehr Einzelhandelsflächen entstehen sollen; es sind schon jetzt viel zu viel. Und dann noch zweigeschossige Ladenflächen. Auch an Büros ist kein Mangel. In der Kritik einer Moabiter Mieterorganisation heißt es:

„Büros hat ganz Berlin zu viel. In der Europacity entstehen weitere tausende Büroarbeitsplätze und alle zusammen provozieren weiteren Zuzug nach Berlin und vergrößern damit die Wohnungsnot. Wozu also hier so viele Büroflächen? Dagegen sollen nur lächerliche 120 und offenbar ziemlich große Wohnungen entstehen und davon insgesamt vielleicht nur 20 % Sozialwohnungen. Und das, obwohl extremer Wohnungsmangel herrscht und über 50 % der Berliner Haushalte wegen ihres geringen Einkommens ein Anrecht auf

einen Wohnberechtigungsschein haben.“ Bei diesem Bauprojekt kann das Bezirksamt das Modell der kooperativen Baulandentwicklung und damit einen verpflichtenden 30-prozentigen Sozialwohnungsanteil nicht anwenden. Das Grundstück liegt im Sanierungsgebiet Turmstraße. Der Investor möchte bisher freiwillig einen 20-Prozent-Anteil sozial geförderter Wohnungen einräumen. Wie auf einer öffentlichen Informationsveranstaltung im Rathaus Tiergarten bekannt wurde, will

Baustadtrat Ephraim Gothe (SPD) mit dem Investor über eine Heraufsetzung der Quote (bis 30 Prozent) verhandeln. In der *Moabiter Mieterorganisation* wird dagegen eine „gesunde Berliner Mischung“ empfohlen. Dabei käme nur im Erdgeschoss an der Straße der Einzelhandel zum Zuge (aber kein großflächiger wie z.B. Aldi, Lidl und Co) sowie Gastronomie; im 1. OG Büros, Praxen und teilweise Wohnungen. Darüber nur noch Wohnungen und davon 50 % Sozialer Wohnungsbau, wie z. B. in Wien selbstverständlich. „Aber offenbar braucht die Berliner Politik erst noch ein paar desaströse Wahlergebnisse.“

Das könnte in den üblichen Beteiligungsrunden für den Bebauungsplan - z.B. in den BVV-Ausschüssen - durchaus vermieden werden. Denn dort muss die Bebauung genehmigt werden.

Rainer Scholz

Wahlkreisbüro Tobias Schulze,

Mitglied des Abgeordnetenhauses

Tegeler Str. 39
13353 Berlin – Wedding
Tel.: 030 – 547 13 449

(Bus 142 Kiautschoustraße, S- und U-Bahnhof Wedding, U-Bahnhof Amrumer Straße)

buero.schulze@linksfraktion.berlin

Öffnungszeiten:

Dienstag, Donnerstag 10 – 15 Uhr
Mittwoch 13 – 18 Uhr
Und nach Vereinbarung!

www.sprengbuero.de

www.tobiasschulze.berlin

Twitter: @sprengbuero

Bei anderen gelesen

► Dieser Streik ist politisch

Politischer Streik gilt in Deutschland als verboten, doch die Rechtslage ist uneindeutig. Fridays for Future und linke Gruppen rufen zum Streik auf. Die Klimakrise ist eine Gerechtigkeitskrise. Das Gemeinsame: Solidarität mit der FFF-Bewegung, aber auch ein Bewusstsein darüber, dass ihre Stadt-, Mieten-, Migrations- und sozialpolitischen Anliegen mit dem Klimathema zusammenhängen und der globale Klimastreik eine Gelegenheit dafür bietet, diesem Zusammenhang Rechnung zu tragen. Ein Verbot von politischem Streik ist weder im Bundesdeutschen noch im Europäischen Rahmen gesetzlich verankert.

„taz“, 18.10.2019

► Russland ein Schlüsselthema

Beim Landtagswahlkampf im Osten ist Russland ein Schlüsselthema. Führende Politiker verlangen mehr Milde gegenüber Moskau. Das bringt sie auf Kollisionskurs mit der Regierung in Berlin. Das Verhältnis zu Russland bewegt die Deutschen. Damit stellen sich die Ostregierungschefs gegen die Russlandpolitik der Großen Koalition. Der Ministerpräsident von Sachsen hat sich offensichtlich für einen klaren Konfrontationskurs mit der Bundesregierung und der eigenen Parteispitze entschlossen und sagt: Als deutscher Politiker denke ich an die vielen Unternehmen, gerade in den neuen Bundesländern, die besonders hart von den Folgen der Sanktionspolitik getroffen werden.

„Der Spiegel“, Nr. 31, 27.07.2019

Sprechzeiten der

Bezirksvorsitzenden

Jeden Mittwoch findet von 15 bis 19 Uhr

eine Sprechstunde der Bezirksvorsitzenden Zhana Jung in der Geschäftsstelle für alle Genoss*innen, Sympathisant*innen und Interessent*innen statt.

Karl-Liebknecht-Haus,

Zimmer 113,
Kleine Alexanderstraße 28,
10178 Berlin

Kurznachrichten

► Neue Jobs vielfach nur befristet

Vier von zehn neuen Mitarbeitern werden nur befristet eingestellt. Das zeigt eine Studie des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung. Vor allem größere Betriebe nutzen die Möglichkeit der Befristung. Kleinbetriebe mit weniger als zehn Beschäftigten greifen seltener dazu.

► Gegen die Erosion des Tarifsystems

Anfang der neunziger Jahre waren in Westdeutschland 80 Prozent der Beschäftigten durch Tarifverträge geschützt. Gegenwärtig sind das nur noch 59 Prozent, in Ostdeutschland gar nur 46 Prozent. Der langjährige Verdi.-Chef Frank Bsirske forderte deshalb, solche Unternehmen von öffentlichen Aufträgen auszuschließen, die auf Tarifverträge keine Rücksicht nehmen.

► Was wird aus Berlins Friedhöfen?

Weil der Trend zur Urnenbestattung stark zugenommen hat, entstehen immer mehr Freiflächen. Mittlerweile werden zwei von drei Verstorbenen eingeäschert. Vor 25 Jahren war das Verhältnis noch umgekehrt. Die Freiflächen erfordern natürlich weiterhin Pflege und Unterhaltskosten. Viele Friedhofsträger streben nun andere Nutzungsmöglichkeiten an – naheliegend sind Parkanlagen, aber auch Freizeitplätze und Grundstücke für den Wohnungsbau.

Kostenlose Sozial- und Mieterberatung

der Linksfraktion in der BVV und des Bezirksvorstandes der Partei DIE LINKE – mit **Rechtsanwalt André Roesener**

- an jedem **ersten Mittwoch des Monats** von 17.00 bis 19.00 Uhr im Nachbarschaftszentrum „Bürger für Bürger“ der Volkssolidarität, Brunnenstr. 145, 10115 Berlin – und
- an jedem **dritten Mittwoch des Monats** im Kreativhaus, Fischerinsel 3, 10179 Berlin.

an jedem **ersten, dritten und fünften Mittwoch des Monats**

kostenlose Beratung zu Sozialrecht (Hartz IV) sowie Familien-, Miet- und Arbeitsrecht durch die **Rechtsanwälte Nina Jenny Soest und Christian Wisch** von 17.00 bis 19.00 (keine Anmeldung erforderlich)

LinksTreff, Malplaquetstr. 12, 13347 Berlin, Tel.: 28705751

Menschen in Mitte

Anne Schellmann: Damals wie heute bürgernah sein

Anne Schellmann ist eine Berlinerin mit-tendrin, wurde in der Charité geboren, wuchs in der Linienstraße und der Karl-Marx-Allee auf und lebt und arbeitet auch heute hier. Wenn jemand von sich sagen kann, ein Leben lang gern für Menschen da zu sein, mit ihnen zu reden, sich für sie einzusetzen und zu arbeiten, sie zu mobilisieren, dann ist sie es.

Schon mit dem Abitur erwarb sie den Facharbeiterbrief als Krippenerzieherin. An der Heinrich-Heine-Oberschule arbeitete sie als Pionierleiterin und Lehrerin. Anfang der 70er-Jahre war sie Vorsitzende der Pionierorganisation von Berlin-Mitte, dann 2. Sekretärin der FDJ-Kreisleitung in der Poststraße und schließlich bis 1987 Vorsitzende der Jugendkommission der SED-Kreisleitung in der Oberwasserstraße.

„Unvergessliche Ereignisse konnte ich mitgestalten, das freundschaftliche Miteinander der Menschen erleben“, erinnert sich die heute 72-jährige.

„Ich organisierte Treffen und Gespräche von jungen Leuten

vieler Länder zu den Weltfestspielen 1973 in Berlin. Beeindruckende Höhepunkte waren auch die Pioniertreffen in Karl-Marx-Stadt und Dresden, wo ich die Teilnehmer von Berlin-Mitte leitete.“

Heute, 30 Jahre nach dem „Mauerfall“, die von den Massenmedien so bejubelt und gefeiert werden, zieht Anne Schellmann eine nüchterne Bilanz: „Wie jetzt eine deutschlandweite Meinungsumfrage zeigt, beherrschen Ellenbogen und Egoismus unsere Gesellschaft.“

Wie viele andere hat sie das damals schon vorausgesehen, als sie die SED-Kreisleitung mit auflösen musste. „Wie wird es jetzt weitergehen?, fragten wir uns 1990.“ Mit der Gründung der PDS zog sie mit in die neue Geschäftsstelle im Karl-Liebknecht-Haus ein, war dort seitdem Mitarbeiterin für die 1000 kleinen Dinge, aber vor allem für die Finanzen zuständig.

„Am 16. Juni 2007 war ich mit im Hotel ‚Estrel‘ als Delegierte beim Zusammenschluss von PDS und WASG zur Partei DIE LINKE“. Damals wie heute standen und stehen nach ihrer Meinung die selben Schwerpunkte der Partei: zu den Bürgern gehen, ihre Probleme kennen, sie

mitnehmen, gemeinsam die Probleme lösen. „In den drei Jahrzehnten hat sich natürlich die Struktur, die Mitgliederschaft der DIE LINKE stark verändert. Hunderte Genossen mit reicher Lebenserfahrung sind alt geworden oder verstorben. Hunderte junge ohne Erfahrungen, ohne ausreichende Geschichtskennntnisse sind zu uns gekommen.“ Als nützlich nennt sie das erste Treffen „Alt und Jung“ Anfang des Jahres, wo es lebhaft Diskussionen gab. „So etwas müssen wir fortsetzen wie auch die Haustür-



Anne Schellmann

gespräche in den Wohngebieten, die Kontakte in den eigenen Wohnhäusern und eine wirksamere Öffentlichkeitsarbeit. Damit wir wieder stärker und einflussreicher werden können!“

Seit 2010 ist Anne Rentnerin, kommt aber weiter jede Woche für acht Stunden in die Geschäftsstelle ihrer Partei. „Noch recht lange möchte ich in der und für DIE LINKE arbeiten und wirken“, unterstreicht sie, „damit sich mein Lebensweg abrunden kann.“

Matthias Herold

Die Linke – Fraktion in der BVV

Mitte von Berlin

Die **Sprechzeiten** im Fraktionsbüro finden **an jedem Mittwoch von 15 bis 17 Uhr und nach Absprache**

im Rathaus Mitte, Karl-Marx-Allee 31, 10178 Berlin, Raum 114 statt.

Telefon: 901 82 45 65

kontakt@linksfraktion-berlin-mitte.de

Wie gehts weiter?

Mittes Bürgermeister sieht die Friedrichstraße als autofreie Modemeile, doch ebenerdig fehlen Cafés, kleine Restaurants, verkramte Buch- und sonstige Läden, Kinos, Kinder und mehr. Gewesene Unterhaltungsorte wurden zerbombt, abgerissen, plattgemacht, die Friedrichstraße? Kulturell und kulinarisch Ödnis. Es gibt auch, nicht nur, bayrisch' Bier, Schmankerln und kulinarisch Hochpreisiges, auch tagsüber sind Stadtleben und Autos überschaubar. Hier wohnt kaum jemand, die Büros sind versteckt, allabendlich und sonntags beleben Konzerthausgäste die U-Bahnsteige. Anders die Unfallecke Acker/Invalidenstraße. Hier wird gewohnt, gegessen, eingekauft, ist es eng. Entsetzen, Trauer, Wut und falsche Erwartung vermischen sich, seit Jahren soll gebaut werden, wuchert Unkraut, Kleidercontainer sind entfernt, nicht die für Flaschen. Das Drama schärft den Blick.

Jetzt haben sie im Senat Verbesserungen für Fußgänger angekündigt, aber das werde dauern. Bleiben bis dahin die Ampelschaltungen autogerecht, das Fußgängergrün knapp? Wird am Unfallort weiterhin nur die eine Kreuzungsseite geregelt? Und Torstraße, Rosenthaler Platz mit verwirrenden Ampeln, Radfahrpisten auf Bürgersteigen, Autos, die

ins Rot fahren, während Fußgänger, Kinder, Kinderwagen, Rollatoren bei kurzem Grün durch dampfendes Blech zur anderen Straßenseite hasten? Wieso ist auf dem Trottoir neben der Straßenbahn die Fahrradspur in den Weinbergsweg, Anfang und Ende kaum markiert?

Radfahrende klingeln, Passanten springen, im Park sind neue Kriminelle, am U 8-Bahnsteig und am Koppenplatz wird gedealt und konsumiert, abends gibts kaum Polizei und Ordnungsamts, nachts wird's gruslig.

Noch mehr Touristen, jährlich 40 000 Neuberberliner! Der Umgang mit dem öffentlichem Raum ist so prekär wie der Nahverkehr. Auf Senatsdeutsch werden „Hochaltrige“ avisiert. Sollen die 10 Jahre auf Ampeln, Straßensicherheit, Abstände bei Tram- und Bushaltestellen, Übergänge, Grünanlagen warten? Wieso gibt's nur im Monbijoupark massenhaft Mülleimer?



Wohin das Auge blickt: Fahrräder, E-Scooter, E-Bikes, Roller

Die digitale Zukunft wird smarter sein. Das städtische Versagen schafft neue Akteure. Fließt am Ende aus dem „House of One“ die kulturelle Vielfalt bis in den durch Hochhäuser verstellten Fischerkiez? Mitten in Berlin ein Ort für religiöses Appeasement? Im „Tacheles“ sind angeblich eine Fotogalerie und ein Nobelrestaurant geplant. Auch rundum wird allerlei gebaut.

Irene Runge

Mitte-Jugend kämpfte für Sachsen

Nachdem die Ergebnisse der Landtagswahlen in Brandenburg und Sachsen feststehen, wollen wir nochmal zurück auf einen tollen Wahlkampf blicken. Viele engagierte junge Genoss*innen aus Mitte sind für eine Woche oder länger nach Sachsen gefahren, um den Wahlkampf kräftig zu unterstützen. Für uns war klar: In Sachsen geht es um viel, besonders im ländlichen Raum bereitet uns

die politische Entwicklung große Sorgen. Die Situation dort ist geprägt von Resignation und Vertrauensverlust in die Politik. Schon seit vielen Jahren überrennt der Neoliberalismus die Gemeinden. Läden schließen, Busse fahren nur noch wenige und der Bahnhof ist schon ewig stillgelegt. Auch wenn die Lage nach 30 Jahren Einheit eher prekär ist, haben Landesverband sowie Kreis- und Ortsverbände einen

großartigen Wahlkampf geplant. Mit kreativen Wahlkampfformaten ging es durch das Land, um den Menschen verständnisvoll zuzuhören und um gemeinsam über Perspektiven zu sprechen. Dazu brauchte es engagierte Hilfe von vielen und wir waren bereit. So begleitete eine Gruppe aus Mitte die „Bahnhofstour“. Sie fuhren von Dorf zu Dorf quer durch Sachsen und

haben an Bahnhöfen eine mobile Bahnkneipe aufgebaut. Mit allem was dazugehört: Bierbänke, Zelt und gezapftes Bier gegen Spende. Vor Ort trafen sie Politiker*innen des entsprechenden Wahlkreises und luden Menschen auf ein Gespräch in Kneipenatmosphäre ein. Ein zweites Team aus Mitte hat bei der Umsetzung der „Tante-Emma-Tour“ geholfen: Mit einem umgebauten Bäcker-Verkaufsauto sind wir von Dresden aus in die umliegenden Dörfer gefahren, wo es keine Einkaufsmöglichkeit mehr gab. Dort klappten wir unsere Ladentheke auf und die Menschen konnten auf Spendenbasis Lebensmittel und Alltagswaren holen. Zusammen mit den Lokalpolitiker*innen ergaben sich auch bei uns interessante Gespräche.

Alles in allem hatten wir sehr viel Spaß in Sachsen, und sind zugleich hart mit der politischen Lage konfrontiert worden.

Am 27. Oktober ist die Wahl in Thüringen und auch da werden wir wieder tatkräftig helfen. Solidarität auch zwischen den Ländern!

Paul Keydel



Neue Ideen für den Wahlkampf in Sachsen erprobt

Teilzeitparlament adé – über das heiße Eisen der Parlamentsreform

Was nur wenige wissen: unser Landesparlament wird offiziell und von seinen Regularien und Abläufen immer noch als Teilzeitparlament wie in alten Westberliner Zeiten gesehen. Das bedeutet, dass die Struktur der Arbeit eine Hauptbeschäftigung zulassen soll. Und in der Tat gehen insbesondere bei FDP und CDU, aber auch bei der SPD Kolleginnen und Kollegen regulären Jobs nach.

Die meisten Berliner Landesabgeordneten sind jedoch längst Vollzeitparlamentarier. Meine Arbeitswoche hat selten weniger als 50 Stunden. Das Arbeitsaufkommen hat in den vergangenen Jahrzehnten stetig zugenommen, wir schieben auch in dieser Legislaturperiode schon einen Berg unerledigter Anträge und Vorhaben vor uns her. Daher wird bereits seit der Wiedervereinigung darüber diskutiert, das Abgeordnetenhaus zu einem Vollzeitparlament umzubauen. Erste Schritte wurden mit dem Aufbau von Bürgerbüros und der Möglichkeit

der hauptamtlichen Beschäftigung persönlicher Mitarbeiter*innen seit 2014 gegangen.

In dieser Legislaturperiode haben sich nun alle demokratischen Fraktionen in Verhandlungen auf den Weg gemacht. Sowohl Ausschuss- als auch Plenarsitzungen werden deutlich verlängert. Die Abgeordnetentätigkeit muss die Haupttätigkeit der Abgeordneten sein. Über mögliche Nebentätigkeiten muss deutlich strenger als im Bundestag Transparenz hergestellt werden.

Und es geht auch um die Abgeordnetenvergütung. Bisher bekommen wir 3944 Euro. Diese Entschädigung ist voll zu versteuern, sie muss wie bei Selbständigen renten- und krankenversichert werden. Ich zahle zusätzlich zu meinem Mitgliedbeitrag einen Mandatsträgerbeitrag an unseren Landesverband der LINKEN in Höhe von derzeit 385 Euro. Von der Diät bleibt netto weniger als die Hälfte, wir haben deutlich mehr Abzüge als Arbeitnehmer*innen.

Die Fraktionen haben nun nach längeren Verhandlungen vereinbart, dass die Diätenhöhe beim zukünftigen Vollzeitparlament auf 6250 Euro steigen soll. Dass die Frage, welche Diätenhöhe gerecht und gerechtfertigt ist, die Hauptfrage in der Öffentlichkeit wird, war uns bewusst. Wir als LINKE und auch ich persönlich haben uns für eine niedrigere Höhe eingesetzt, andere Fraktionen wollten eher höhere Diäten.

Und so ist diese Zahl ein Kompromiss, den jeder für sich bewerten muss. Unser Netto-Einkommen liegt nun etwa auf der Höhe eines mittleren Lehrer*innengehaltes. Ich werde das Mehr an Einkommen vor allem nutzen, um das Mehr-als-Vollzeitmandat mit der Familie unter einen Hut zu bekommen. Und noch mehr als bisher werde ich gute Initiativen in Wedding und Gesundbrunnen mit Spenden unterstützen.

Tobias Schulze

Erde künftigen Generationen bewahren

Am 21. September 2019 verstarb Sigmund Jähn. Er war der erste Deutsche im Weltraum.

Der 1937 im Vogtland Geborene wurde im Jahr 1976 für das Interkosmos-Programm ausgewählt. Interkosmos wurde im Jahr 1967 zwischen der Sowjetunion und zehn weiteren sozialistischen Staaten gebildet und diente der friedlichen Erforschung des Weltraums. Es ermöglichte erstmalig, Menschen, die nicht aus der Sowjetunion oder den USA stammten, in den Weltraum zu fliegen.

Die Sowjetunion stellte dabei die Raketen und die Sojus-Raumschiffe, die anderen



Staaten sollten für ihre Interkosmos-Missionen eigene Geräte, Messinstrumente und

Anlagen entwickeln. Am 26. August 1978 startete der dritte bemannte Raumflug des Interkosmos-Programmes zur Raumstation Salut 6 mit dem Kosmonauten Sigmund Jähn an Bord. Die Mission galt wissenschaftlich als sehr erfolgreich und einige in der DDR hergestellte Geräte bewährten sich, wie die Multispektralkamera MKF 6.

Jähn blieb der einzige Kosmonaut der DDR im Weltraum. Nach seiner Mission wurde er stellvertretender Leiter des Zentrums für Kosmische Ausbildung. Seit 1990 arbeitete er als freier Berater für das Astronautenzentrum des Deutschen Zentrums für Luft und Raumfahrt und seit 1993 für die European Space Agency.

Erinnern wir uns an seine Worte:

„Schon vor meinem Flug war mir bewusst, wie klein und verletzlich unser Planet ist. Aber erst als ich ihn vom Weltraum aus sah, in all seiner unglaublichen Schönheit und Zartheit, erkannte ich: Die dringendste Aufgabe der Menschheit besteht darin, für die Erde liebevoll zu sorgen und sie künftigen Generationen zu bewahren.“

Andreas Böttger

Wir gratulieren im Oktober zum Geburtstag!

- Zum 92. Peter Knoll
- Zum 87. Maria Seifert
- Zum 85. Ursula Mika
- Zum 83. Sonja Striegnitz
- Zum 82. Almuth Kilian, Helga Kreller
- Zum 81. Helga Giersch, Heinz Raddatz
- Zum 80. Gisela Zach, Klaus Eichler, Wilfried Jugl
- Zum 75. Brunhilde Herbst
- Zum 70. Michael Bilkenroth

BÜRGERBÜRO BLUHM – SEIDEL – WOLF
 Erich-Weinert-Straße 6, 10439 Berlin
 Telefon (030) 22 49 45 77
 kontakt@carola-bluhm.de / www.carola-bluhm.de
Sozial- und Mietenberatung
 Do 17-18 Uhr: 24.10. / 7.11. / 21.11. / 5.12.

Das ist das Letzte

Jeder spürt, dass „Mutter Erde“ Fieber hat. Die Katastrophen werden häufiger und heftiger. Am Freitag, den 20. September waren 2,5 Millionen aller Generationen und Erdteile zum Protest gegen Ignoranz und Trägheit der Regierenden unterwegs. Auch in Berlin. Die Kanzlerin machte Nachtschicht mit der GROKO. Doch der Gipfel gebar nur 2-3 Mäuse, statt eines mutigen Katers, der mit Siebenmeilen-Stiefeln die Türen gewissenloser Bosse einzutreten wagt, damit diese Welt auch für die Enkel bewohnbar bleibt!

Als im Jahre 80 in Rom das Kolosseum eingeweiht wurde, hatte man den 50.000 Zuschauern 300 Festtage versprochen. Seither regieren alle Cäsaren mit der Formel „Brot und Spiele“. Berlin beschränkt sich auf nur eine Festwoche zum 30. Jahrestag des Mauerfalls. Das werden 100 Events auf 7 historischen Schauplätzen. Aber warum z.B. auf dem Ku-Damm? Weil die Ossis dort ihre ersten Bananen gefuttert haben oder weil es dort Hundehalsbänder mit Diamanten zu kaufen gab?

Warum der Schlossplatz? Weil dort der beliebte „Palast der Republik“ von den neuen Amtsträgern abgerissen wurde? Dafür wird an die Vorderfront des nachgebauten Schlosses das Bild des Palastes projiziert werden.

Welche „Wiedersehensfreude“ – sofern die Kaiserenkel nicht eingreifen!

Warum nur die Gethsemanekirche und nicht auch die leeren Hallen der Kabelwerke, wo die Gebete zur Rettung der Arbeitsplätze ertönen? Der Alex muss sein, weil da am 4.11.1989 die Künstlerverbände der DDR über 500.000 Bürger zusammenriefen. Redner waren die Bürgerrechtlerin, der Ex-Stasigeneral, die Umweltschützer, das Politbüromitglied, die Malerin und der Schriftsteller. Alle wollten einen demokratischen Sozialismus und keine Profitjäger. Ab da war die Wende unumkehrbar! Doch wie die Kanzlerin im Sommer 2019 sagte, begann die Wende auf der Picknick-Wiese bei Sopron an der Grenze Ungarn-Österreich, wo 600 eingeladene DDR-Bürger „spontan“ türmen konnten. Doch wer bezahlt nun die Sonderzüge von Berlin und Leipzig dorthin? Die LINKE muss sich was einfallen lassen!

Arthur Paul



Sommerimpressionen

aus Mitte



Fotos:
Orlando
El Mondry

Impressum:

Bezirksvorstand Berlin-Mitte
der Partei DIE LINKE
Geschäftsstelle:
Kleine Alexanderstr. 28, 10178 Berlin
Telefon 24 009 336/204, Fax: 24 009 337

E-Mail-Adresse:
info@die-linke-berlin-mitte.de

Internet: www.dielinke-berlin-mitte.de

V.i.S.d.P.: Thilo Urchs

Satz + Druck:

R. Serinek / Druckerei Gottschalk, Berlin

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. **Redaktionsschluss:** 25.09.2019

Ausgabetag für Nr. 11/2019 - 07.11.2019